
Yongxi Chen

Die Entwicklung des Social Credit Systems: zu drei seiner Funktionen aus Sicht des Öffentlichen Rechts

Die Medien stellen das chinesische Social Credit System (SCS) weithin als bahnbrechende neue Form datengestützter Governance dar. Der Begriff Social Credit System bezeichnet im wissenschaftlichen Diskurs darüber hinaus ein umfassendes, vernetztes System zur Bewertung und Vergeltung von Verhalten. Tatsächlich aber entwickelt sich das SCS gerade erst. Offizielle Dokumente interpretieren den Begriff des Social Credit verschieden und weisen dem System immer wieder neue politische Ziele zu. Der folgende Beitrag will einen Wegweiser durch dieses Labyrinth von Strategien und Pilotprojekten geben, sofern diese das Verhalten von Individuen betreffen, und drei wesentliche Funktionen skizzieren, die das SCS bereits während seiner Entwicklung erfüllt. Diese Analyse erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und konzentriert sich nicht auf die Beschreibung der Technologie. Vielmehr wird der Fokus auf dem rechtlichen Status der wesentlichen Maßnahmen liegen, die innerhalb der unscharf gezogenen Grenzen des Systems Bewertung und Bestrafung ermöglichen. Ziel ist es, die Infragestellung von individuellen Rechten und die Einschränkung des Rechtsschutzes besser zu erfassen, die in der sich wandelnden politisch-rechtlichen Landschaft Chinas vor sich gehen.

1 Das SCS als Bonitätsprüfung

Das Konzept des Social Credit (社会信用 *shehui xinyong* auf Chinesisch) wurde ursprünglich Anfang der 2000er Jahre eingeführt, um Wirtschaftsreformen zu lenken, die die finanzielle Kreditwürdigkeit von Unternehmen und Einzelpersonen erhöhen sollten (zur Entwicklung dieses Verständnisses von Social Credit durch chinesische Strateg(inn)en und Berater(innen) vgl. Chen/Cheung 2017). Ein Jahrzehnt lang bestand das primäre Ziel der von nationalen Entscheidungsträger(inne)n konzipierten Social Credit-Projekte darin, einen Mechanismus der ‚(finanziellen) Kreditprüfung‘ (征信 *zhengxin*) zu konstruieren, der den Credit Rating-Systemen im Westen ähneln sollte. Nach dem Jahr 2011 wurde der Sozialkredit in den Direktiven der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) und in den Dokumenten der Zentralregierung allmäh-

I. Das Social Credit System in China

lich zu einem Instrument der Marktregulierung und des Sozialmanagements. Diese Ausweitung der Bedeutung von Social Credit fand im Jahr 2014 offizielle Bestätigung in der Planungsskizze für den Aufbau des Social Credit Systems (im Folgenden ‚Skizze 2014‘), die der Staatsrat verbreiten ließ.

Dabei bleibt die Einschätzung der finanziellen Kreditwürdigkeit sehr wohl ein Teil des aktuellen SCS; sie geht aber nun mit mehreren weiteren Verfahren zur Einschätzung von Vertrauenswürdigkeit einher, die weiter unten besprochen werden. Im Sinne der Arbeitsteilung ist die Chinesische Volksbank (CVB) weiterhin für die Regulierung von Kreditprüfungsgeschäften zuständig, während die Nationale Reform- und Entwicklungskommission (NREK) andere Arten der Vertrauensprüfung beaufsichtigt. Die strategische Koordination erfolgt durch die Interministerielle Konferenz für den Aufbau des Social Credit Systems, die 2007 eingerichtet wurde.

Die CVB entwickelte 2013 ein Modell für die Bonitätsprüfung, das allmählich von den Geschäftsbanken übernommen wurde (Financial Computerizing 2019). Seit 2020 ist ein entsprechender Credit Score in den Bonitätsberichten zu Einzelpersonen verfügbar, die die Finanzinstitute vom Kreditprüfungszentrum der CVB erhalten. Diese öffentliche Einrichtung hat die Befugnis, persönliche Kreditdaten zu aggregieren und die Nationale Basisdatenbank für Finanzkreditinformationen zu verwalten.

Daneben haben Fintech-Firmen mit Kreditwürdigkeitsprüfungen durch Big Data-Analysen über das Konsum- und Sozialverhalten ihrer Nutzer(innen) experimentiert. Darunter waren Alibaba, das sich mit dem weithin sichtbaren Sesame Credit für die einzuführenden Credit Scoring-Systeme bereit machte (aber letztendlich nicht die Lizenz erhielt); sowie Baihang, das als erstes Privatunternehmen seit 2018 landesweit Credit Scoring-Dienste anbieten durfte. Vorerst werden alle solchen marktbasieren Dienstleistungen wie finanzielle Bonitätsprüfungen gehandhabt und unterliegen der Lizenzierung und Aufsicht der CVB.

Die Bewertung der finanziellen Kreditwürdigkeit ist in Verordnungen über die Regulierung der Kreditprüfungsbranche von 2013 geregelt, welche Individuen bei der Erfassung und Verarbeitung ihrer finanziellen Daten bestimmte Rechte zugestehen. Gegenüber privatrechtlichen Körperschaften, die Kreditauskünfte erstellen und anbieten (z. B. Geschäftsbanken) oder entsprechende Unterlagen sammeln und bewerten (z. B. Kreditprüfungsagenturen), genießen Einzelpersonen Bürger(innen)rechte, die ihre personenbezogenen Kreditdaten schützen sollen. So haben sie unter anderem das Recht auf Einsicht und Korrektur ihrer Daten und das Recht, der Verwendung ihrer Daten durch Dritte die Zustimmung zu entziehen. Gegenüber dem Kreditprüfungszentrum der CVB genießen Einzelpersonen ähnliche, aber enger begrenzte Rechte.

Trotz dieser Verordnungen ist ein effektiver Rechtsbehelf wegen der Spillover-Effekte aus anderen Bereichen des SCS nur schwer möglich. Gemäß der nationalen Strategie, die für nicht vertrauenswürdige Personen ‚kombinierte Bestrafungen‘ vorsieht, soll die Regierung „Finanzinstitutionen dazu anleiten, die Kreditzinsen und Versicherungsprämien für nicht vertrauenswürdige Elemente zu erhöhen“ oder Kredite und andere Finanzdienstleistungen „nach dem Prinzip der risikobasierten Preisgestaltung“ einzuschränken (Staatsrat 2016: Abschn. 11). Unter welchen Umständen eine andere als finanzielle ‚Vertrauenswürdigkeit‘ die finanzielle Kreditwürdigkeit einer Person beeinflussen sollte, ist jedoch eine weitreichende und kontroverse Frage. Der politische Entscheidungsprozess bleibt unzugänglich und undurchsichtig. Ohne ein öffentliches Mitspracherecht bei der Beratung kann es keine umfassende Rechenschaft geben. Wessen finanzielle Kreditwürdigkeit von einer Bonitätsprüfungsagentur oder einer Bank gemäß den Vorschlägen der Regierung mit Rücksicht auf ihre nicht-finanzielle Vertrauenswürdigkeit festgelegt wurde, kann diese Ergebnisse kaum anfechten. Solche Vorschläge der Regierung stellen ‚Verwaltungsanleitende Verordnungen‘ dar, die in der Regel keiner richterlichen Überprüfung unterliegen.

2 Das SCS als Zwangsmaßnahme zur Durchsetzung von Rechtsnormen

2.1 Ziel und Form

Gegen Ende der 2010er Jahre gewann das Konzept des Social Credit eine nicht-ökonomische Dimension. In offiziellen und akademischen Diskursen verlagern sich die Konnotationen von einem engen Verständnis von ‚Kreditwürdigkeit‘ zu einem weiteren und mehrdeutigen Verständnis von ‚Vertrauenswürdigkeit‘, wobei letztere aus den Eigenschaften zusammengesetzt sein soll, ehrlich zu sein (誠 *cheng*) und Versprechen einzuhalten (信 *xin*), was die Erfüllung vertraglicher und gesetzlicher Pflichten meint.

Die Skizze 2014 betont die Erfüllung gesetzlicher Vorschriften als ein herausragendes Kennzeichen von ‚Vertrauenswürdigkeit‘ (守信 *shouxin*, alternativ übersetzt mit ‚Treue [zu anderen] halten‘ oder ‚Vertrauenserhalt‘). Zwangsmaßnahmen, die die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften durchsetzen sollen, bilden daher den Kern fast aller lokaler Strategien zur Umsetzung der Skizze. Der Slogan, der in den meisten offiziellen Dokumenten dafür verwendet wird, stellt diese Funktion des SCS anschaulich dar: ‚In einer Sache nicht vertrauenswürdig sein, überall Einschränkungen unterliegen.‘ Im Umgang mit diesen Richtlinien wird ‚nicht vertrauenswürdig sein‘

(失信 *shixin*, auch übersetzbar als ‚Vertrauensbruch‘) mit Vergehen gleichgesetzt; insbesondere mit bestimmten Arten von Gesetzesverstößen, die in China schon lange als wirtschaftliches und soziales Problem erscheinen. Natürliche und juristische Personen, die solche Verstöße begehen, werden als ‚nicht vertrauenswürdige Personen‘ bezeichnet. Informationen über nicht vertrauenswürdige Verhaltensweisen als solche werden in der Regel als ‚Public Credit‘-Informationen (公共信用 *gonggong xinyong*)‘ im Gegensatz zu Informationen über (finanzielle) Kreditauskünfte etikettiert. Bestimmte Kategorien von ‚nicht vertrauenswürdigen Personen‘ unterliegen einem Mechanismus, der als ‚kombinierte Bestrafung‘ bezeichnet wird (联合惩戒 *lianhe chengjie*, alternativ übersetzt als ‚gemeinsame Bestrafung‘ oder ‚kooperative Disziplinarmaßnahmen‘) und in dessen Rahmen verschiedene Behörden Zwangsmaßnahmen oder Einschränkungen verhängen. Diese schränken die Betroffenen in verschiedensten Bereichen ein, so dass ein Vergehen immer weitere Kreise zieht. Im Gegensatz dazu werden Personen, die die Regeln konsequent einhalten, zu ‚vertrauenswürdigen Personen‘ erklärt und unterliegen ‚kombinierten Anreizen‘ (联合激励 *lianhe jili*), d.h. sie werden von verschiedenen Behörden bevorzugt behandelt. Dabei gibt es weitaus mehr interministerielle Absichtserklärungen, die kombinierte Strafen für zuwiderhandelnde Personen vorsehen, als solche mit kombinierten Anreizen für gesetzestreue. Die vertrauenswürdigen Personen werden nur in fünf Regelungsbereichen identifiziert, nämlich in den Bereichen Steuern, Zoll, Produktionssicherheit, Einfuhr- bzw. Ausfuhrkontrollen und Quarantäne sowie Verkehrstechnik.

Die Verstöße, wonach eine Person als nicht vertrauenswürdige eingestuft werden kann, sind in zusätzlichen Absichtserklärungen aufgeführt (Memoranda of Understanding, MOU; eine umfassende Liste von übersetzten Dokumenten in Daum 2019). Bis Ende des Jahres 2019 wurden 43 Absichtserklärungen zwischen verschiedenen zentralen Staatsorganen und Parteibehörden getroffen, etwa dem Obersten Volksgerichtshof, der Propagandaabteilung der KPCh und vor allem verschiedenen Ministerien. Die MOUs sanktionieren Verstöße gegen eine zunehmende Vielfalt an rechtlichen Maßnahmen zur Regulierung des Marktes, der Gesellschaft und der öffentlichen Dienstleister. Weitere, unzählige interministerielle Absichtserklärungen werden auf lokaler Ebene getroffen. Darüber hinaus beschreibt eine ebenso zunehmende Zahl von Gesetzen auf lokaler Ebene den immer größeren Rahmen, in dem eine Person als nicht vertrauenswürdige auffallen kann (vgl. z. B. Volkskongress des Bezirks Shanghai 2017).

Je nach Art der gesetzlichen Vorschriften, gegen die ‚nicht vertrauenswürdige Personen‘ verstoßen, dienen ‚kombinierte Strafen‘ zwei verschiedenen Zielen und ermächtigen den Staat auf verschiedene Weise. Das erste Ziel ist es, die chronisch schwierige Vollstreckung von Urteilen zu erleichtern. Die Gerichte erklären Perso-

nen, die sich bewusst weigern, Urteile umzusetzen, zu ‚nicht vertrauenswürdigen Personen unter Vollstreckung‘ (失信被执行人 *shixin beizhixing ren*) und arbeiten mit den Verwaltungsbehörden zusammen, um sie zu bestrafen.¹ Die auffälligsten Strafen betreffen Einschränkungen des Luxuskonsums und des Zugangs zu Flugzeugen und Hochgeschwindigkeitszügen.

Diese Reiseverbote wurden wohlgerne schnell ausgeweitet und betreffen jetzt außer Personen, die Urteilen nicht nachkommen, auch solche, die mit der Zahlung von Steuern und Gebühren im Verzug sind. Damit dienen diese Maßnahmen dem anderen, zweiten Ziel, nämlich die bisher mangelhafte Umsetzung von Gesetzen zu verbessern und die von Verwaltungsbehörden erhobenen Kosten durchzusetzen. Kombinierte Strafen dieser Art können als ‚kombinierte Strafen zur administrativen Durchsetzung des Gesetzes‘ bezeichnet werden. Sie decken ein noch breiteres Spektrum von Zwangsmaßnahmen ab als die zuvor genannten ‚kombinierten Strafen zur Urteilsvollstreckung‘. Dazu gehören unter anderem: (1) Beschränkungen, die den wirtschaftlichen Handlungsspielraum der nicht vertrauenswürdigen Person einschränken, wie z. B. die Gründung von Unternehmen und die Einwerbung von Kapital; (2) der Ausschluss von bestimmten Marktsektoren, wie der Lebensmittelbranche, öffentlichen Versorgungsbetrieben und dem Bankensektor; (3) Disqualifikation für staatliche Subventionen; (4) Beschränkungen für die Teilnahme an öffentlichen Ausschreibungen und für den Erwerb von privatisiertem Staatseigentum; (5) der Ausschluss vom Erhalt von Ehrentiteln; (6) die öffentliche Bekanntmachung des Namens der betroffenen Person über große Nachrichtenportale und die nationale Webseite des SCS.

Der Mechanismus der kombinierten Bestrafung dient vor allem den Verwaltungsbehörden. 42 der 43 Absichtserklärungen auf zentraler Ebene betreffen ‚nicht vertrauenswürdige Personen‘, die von Verwaltungsbehörden identifiziert wurden. Jede Absichtserklärung bezieht sich auf einen bestimmten Regulierungsbereich, wie z. B. die Lebensmittelsicherheit (2016), Lohnrückstände von Wanderarbeitern (2017) und den Schutz des geistigen Eigentums (2018). Dabei konzentrieren sich die kombinierten Bestrafungen auf einige Schlüsselbereiche, darunter (1) Unternehmen, die die Gesundheit und Sicherheit der Menschen gefährden, (2) Verhaltensweisen, die den fairen Wettbewerb einschränken, und (3) Verhaltensweisen, die die öffentliche Ordnung stören (Staatsrat 2016: Abschn. 9). Der Fokus verlagert sich offenbar immer weiter. Im Jahr 2019 hob der Staatsrat die Rolle der ‚kombinierten Strafen bei der Marktregulierung hervor und rief zur Einrichtung eines „auf Vertrauenswürdigkeit basierenden Regulierungsmechanismus“ auf, die neueste Phase im Aufbau des SCS (Generaldirektion des Staatsrats 2019).

2.2 Daten und Scoring

Kombinierte Strafen setzen einen umfangreichen Austausch von Daten über das Verhalten Einzelner voraus, also von Aufzeichnungen, die die Nichteinhaltung von Urteilen und verschiedenen Gesetzen durch eine Person festhalten. Während die Kreditwürdigkeitsprüfung in der Regel durch einen Score ausgedrückt wird, werden die kombinierten Strafen in den meisten Fällen durch sog. *Blacklisting* ausgelöst, also durch Listen, denen Personen bei bestimmten Verstößen zugeordnet werden. Es gibt zwar in mehr als zwanzig Stadtverwaltungen Pilotprojekte, die die Vertrauenswürdigkeit der Bürger(innen) auf einer numerischen Skala bewerten sollen, was die sogenannten persönlichen ‚Credit Points‘ generiert (个人信用分 *geren xinyong fen*). Die Folgen dieses Scorings beschränken sich jedoch bisher auf eine mögliche Bevorzugung bei öffentlichen Dienstleistungen und betreffen selten die Rechtsansprüche einzelner Personen (Gu/Huang 2019). *Blacklisting* wirkt sich dagegen ganz erheblich auf Individualrechte aus. Seit 2017 haben Bestrafungen nach einem *Blacklisting* im Zusammenhang mit dem SCS auf nationaler und auf lokaler Ebene stark zugenommen.² Aufzeichnungen über das nicht vertrauenswürdige Verhalten der auf der Schwarzen Liste stehenden Personen werden in nationalen und provinziellen Datenbanken zusammengeführt, um sie bereichs- und regionenübergreifend austauschen zu können. Gegenwärtig ist das Nationale Zentrum für Öffentliche Kreditinformationen offiziell als Plattform für das landesweite Sammeln, Veröffentlichen und Bereitstellen solcher Aufzeichnungen zuständig.

2.3 Auswirkungen

Kombinierte Strafen für die Vollstreckung von Urteilen werden weithin als legitim angesehen, da sie sich aus der richterlichen Befugnis ableiten, den Vollzug verbindlicher Urteile zu gewährleisten und die Autorität des Gesetzes aufrechtzuerhalten. Problematisch ist hingegen die Bestrafung von Personen, die von den Verwaltungsbehörden als nicht vertrauenswürdig eingestuft wurden. Nach chinesischem Verwaltungsrecht handelt es sich bei einem erheblichen Teil der kombinierten Strafen ihrem Wesen nach um Verwaltungsstrafen oder die Verweigerung von behördlichen Genehmigungen, deren Modalitäten nur durch Gesetze oder Verordnungen festgelegt werden sollten. Die Gestaltung solcher Strafen durch Absichtserklärungen, die keine Rechtsquelle sind, verstößt gegen das Prinzip des Gesetzesvorbehalts, der ähnlich wie in Deutschland verstanden werden kann. Kombinierte Strafen, die die gewöhnliche Form eines Verwaltungsakts überschreiten und in den Ermessensbereich der Behörden fallen, sind in Hinsicht auf Einschlägigkeit und Verhältnismäßigkeit problematisch.

In den meisten SCS-Strategien orientieren sich die Kombinierten Strafen für ein Vergehen an dessen Einfluss auf eine Vertrauenswürdigkeit, die sich von den strafrechtlichen Konsequenzen durchaus unterscheidet. Die Einstufung von nicht vertrauenswürdigem Verhalten durch Verwaltungsbehörden wird Unterschieden in Art und Ausmaß des Fehlverhaltens offenbar oft nicht gerecht. Dieser Mangel an Kontext schadet der Einschlägigkeit und der Vergleichbarkeit der verhängten Strafen. So scheinen erstens Strafen, die von Behörden in zwei verschiedenen Bereichen ‚kombiniert‘ verhängt werden, nachdem ein Vergehen in einem Bereich vorlag, oft unverhältnismäßig. Beispielsweise soll gemäß der „Absichtserklärung über kombinierte Strafen für nicht vertrauenswürdige Personen bei der Eheregistrierung“³ eine Person, die falsche Angaben über seine oder ihre Blutsverwandtschaft mit dem Ehepartner macht, von der Registrierung ihres Unternehmens als „zugelassener Wirtschaftsbetrieb“ bei der Zollbehörde ausgeschlossen werden (ebd.). Der Zusammenhang zwischen der Zulassung eines Unternehmens im Zollverkehr und dem Verstoß seines rechtlichen Vorstands gegen eugenische Vorschriften bleibt dunkel. Zweitens werden schwere Strafen womöglich unterschiedslos auf verschieden schwere Verstöße angewandt. Zu den ‚schwerwiegend nicht vertrauenswürdigen‘ Personen, die Hochgeschwindigkeitszüge nicht nutzen dürfen, gehören beispielsweise nicht nur diejenigen, die sich geweigert haben, nach gerichtlicher Anweisung überfällige Schulden zu begleichen, sondern auch Verantwortliche bei Sozialversicherungsdienstleistern (wie etwa Krankenhäusern), die gegen Dienstleistungsvereinbarungen verstoßen haben, und auch alle diejenigen, gegen die eine Geldstrafe wegen Rauchens in Eisenbahnwagen verhängt wurde (NREK et al. 2018). Es ist höchst zweifelhaft, dass diese drei Arten von Verstößen den gleichen Grad an Vorsatz und ähnlich schwerwiegende Folgen haben.

2.4 Rechtsbehelf

Wegen ihres unmittelbaren Zusammenhangs mit ‚kombinierten Strafen‘ wirkt sich die Vertrauenswürdigkeitsbewertung zur Durchsetzung von Rechtsvorschriften auf verschiedene Rechte aus. Dennoch fehlen wirksame Rechtsbehelfe. Das liegt an der unzulänglichen Gesetzeslage und fehlender richterlicher Aufsicht.

Private Daten werden dabei kaum geschützt. Im chinesischen Recht werden Angaben über Gesetzesverstöße nicht der Privatsphäre zugerechnet. Und in Ermangelung gesetzlicher Datenschutzbestimmungen können staatliche Organe die Angaben über Verstöße einer Person weitergeben und verwenden, ohne auf deren Zustimmung oder den ursprünglichen Zweck der Datenerhebung achten zu müssen. Einige lokale Rechtsvorschriften des SCS erlauben es ‚nicht vertrauenswürdigen

Personen', auf die Aufzeichnungen über ihre Verstöße zuzugreifen und die Richtigstellung unzutreffender Angaben zu beantragen, so dass man immerhin von einem ähnlichen Schutz der ‚Datensouveränität‘ wie im Finanzkreditprüfungssystem sprechen kann. Allerdings beziehen sich diese Rechte lediglich auf die sachliche Korrektheit der Angaben. Die vorgesehenen Verfahren zur Korrektur der Daten erlauben es dagegen nicht, die Rechtmäßigkeit der Einschätzung eines Vergehens anzufechten, die auf dem subjektiven Urteil der betreffenden Behörde beruht.

Außerdem leidet der Ruf der ‚nicht vertrauenswürdigen Personen‘ unter der Veröffentlichung ihrer Namen auf Schwarzen Listen oder über andere Medien, was manchmal sogar ohne ihr Wissen geschieht. Die Gerichte haben bisher die Ansicht vertreten, dass diese öffentliche Nennung und Bloßstellung keine Verwaltungsstrafe darstellen, und in der Regel den Betroffenen nicht das Recht zugestanden, informiert oder gehört zu werden (Gericht der Stadt Peking 2017).

In Hinsicht auf ‚kombinierte Strafen‘, die in andere grundlegende Rechte von ‚nicht vertrauenswürdigen Personen‘ eingreifen, setzen die Gerichte eher auf ein förmliches Berichtswesen als auf konkrete und strenge Kontrollen. Es wird von Fällen berichtet, in denen Zwangsmaßnahmen aus verfahrenstechnischen Gründen (Gericht des Bezirks Jiang'an 2016) oder wegen des Versäumnisses einer Behörde, die Rechtsgrundlage zu nennen (Gericht der Stadt Hangzhou 2018), aufgehoben wurden. Andererseits wurden ‚kombinierte Strafen‘, die ausschließlich auf den Richtlinien der Lokalbehörden beruhen und keine gesetzliche Grundlage haben (Gericht der Stadt Sanming 2016/2017), ohne Rücksicht auf den Gesetzesvorbehalt für rechtmäßig erklärt. Wichtige Grundlagen für eine gerichtliche Überprüfung (unter ihnen Einschlägigkeit und Verhältnismäßigkeit) wurden in keinem der berichteten Fälle berücksichtigt.

3 Das SCS als Instrument zur Erweiterung der ideologischen Kontrolle

3.1 Ziel und Form

Zeitgleich mit dem Aufbau des SCS wurden die Leitlinien der Regierung unter der neuen Führung der KPCh reformiert. Dass man mit dem SCS die ideologische Kontrolle der Gesellschaft vertiefen könnte, wurde erstmals in der Skizze 2014 erwähnt. Die Idee hat seit 2016 an politischem Rückhalt gewonnen.

Im Jahr 2016 riefen KPCh und der Staatsrat eine gemeinsame nationale Strategie zur Integration ‚zentraler sozialistischer Werte‘ in die Staatsverwaltung aus. Darin ist das SCS als institutionelles Mittel zur Einschränkung und Bestrafung von Verhaltensweisen vorgesehen, die diesen Werten zuwiderlaufen (Geschäftsstelle des Zentralkomitees der KPCh; Geschäftsstelle des Staatsrats 2016: Teil III). Sie verkörpern die offizielle Ideologie, wie sie auf dem 18. Kongress der KPCh bestätigt wurde, und umfassen zwölf wesentliche Bestandteile, zu denen unter anderem Integrität (诚信 *chengxin*), Hingabe an den Beruf, Freundlichkeit und Patriotismus gehören. Die Partei befiehlt, dass Gesetzgebung und öffentliche Politik diese Werte unterstützen und die Regierung ihnen in ihrem Sozialmanagement entspricht. Vor diesem Hintergrund hat die Zentralregierung im Rahmen des SCS besondere Vorkehrungen getroffen, um die Einhaltung *ethischer* Prinzipien in ausgewählten Bereichen zu bewerten, und in diesem politischen Kontext zunehmend die Begriffe ‚persönliche Integrität‘ und ‚Integritätssystem‘ verwendet (Generalbüro des Staatsrats 2016). Für unsere Untersuchung kann die Bewertung, ob sich Einzelne gemäß der offiziell propagierten moralischen Werte verhalten, als eine ‚Integritätsbewertung‘ verstanden werden, die der Bewertung der Vertrauenswürdigkeit gegenübersteht, welche sich auf die Einhaltung gesetzlicher Vorschriften konzentriert.

Nach den Strategiepapieren zum SCS zielen solche Integritätsbewertungen auf verschiedenen Personenkategorien, darunter (1) Personen, die schwerwiegend gegen Normen der Gesellschaftsmoral verstoßen haben, namentlich Ehrlichkeit und die Einhaltung von Versprechen; (2) Lernende und Lehrende, deren Verhalten an Schulen und Universitäten eingeschätzt wird; (3) ‚Schlüsselprofessionen‘, die marktorientierte Dienstleistungen anbieten, im Anwaltsgeschäft, in der Medizin, der Buchhaltung, und dem Anlagewesen; (4) Geschäftsleute, die sich im Rahmen der Selbstregulierung von Industrie und Kommerz falsch oder ehrenhaft verhalten.

An der Integritätsbewertung sind mehr Akteure beteiligt als an der Bewertung der Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften, und dies sowohl bei der Formulierung von Kriterien als auch bei der Entscheidung über Konsequenzen. Erstens leiten sich die Bewertungskriterien, also die *ethischen* Prinzipien, nicht aus verabschiedeten gesetzlichen Vorschriften ab, sondern aus Verhaltensnormen, die von den staatlichen und parteilichen Behörden auf andere Weise festgelegt wurden. Insbesondere schreiben die ‚Volksorganisationen‘ – quasi-offizielle Organe, die die KPCh bei der Mobilisierung verschiedener Bevölkerungsgruppen unterstützen und ihre Anliegen an die Partei weiterleiten – oft vor, was in einem bestimmten Bereich als moralische Handlung gilt. So werden beispielsweise die Ideale für ‚national vorbildliche Werktätige‘ von der Gesamtchinesischen Gewerkschaftsföderation festgelegt, für ‚hervorragende junge Freiwillige‘ von der Chinesischen Kommunistischen Jugendli-

ga und für ‚Modellfamilien‘ von der Gesamtchinesischen Frauenföderation. Bei der Festlegung der moralischen Normen für die Bevölkerungsgruppen, die sie vertreten sollen, beziehen sich die Volksorganisationen bequemerweise auf die Erklärungen zu den ideologischen Werten, die von der Partei gegeben werden. Zweitens zieht die Integritätsbewertung nicht nur im öffentlichen, sondern auch im privaten Sektor entsprechende Maßnahmen nach sich. Insbesondere ruft die Zentralregierung Industrie- und Handelsverbände dazu auf, Disziplinarmaßnahmen gegen ihre Mitglieder zu ergreifen, wenn diese gegen berufsethische Prinzipien verstoßen haben, und nennt solche Maßnahmen ‚gewerbliche Einschränkungen und Strafen‘. Die Einzelheiten harren weiterer Ausarbeitung.

Bislang setzt die Strategie der Integritätsbewertung vor allem auf die Schaffung von Anreizen. Die Behörden erstellen Rote Listen von vertrauenswürdigen Personen, um ihnen kombinierte Anreize zu gewähren. Von 2016 bis 2018 wurden die Roten Listen, die zunächst dem Modell für die Überprüfung der Gesetzestreue folgten, auf zwei Kategorien von Personen ausgeweitet, die in beispielhafter Weise sozialistische Grundwerte verkörpern haben: ausgezeichnete Freiwillige in offiziellen Jugendverbänden und Personen, die erhebliche Beträge zur Bekämpfung von Armut und Elend gespendet haben. Kürzlich wurde vorgeschlagen, auf den Roten Listen auch all die Personen zu führen, die von den zuständigen Staatsorganen oder Parteibehörden für Ehrlichkeit oder ethischen Führungsstil anerkannt oder geehrt wurden (NREK 2019). Die Anreize lassen sich in drei Hauptgruppen einteilen und versprechen jeweils eine bevorzugte Behandlung in der Verwaltung, bei öffentlichen Dienstleistungen, und bei der Berücksichtigung für Preise und Auszeichnungen.

3.2 Daten und Scoring

Die Integritätsbewertung arbeitet vor allem mit personenbezogenen Profilen. Die Zentralregierung schreibt ausdrücklich vor, dass personenbezogene ‚Integritätsdossiers‘ (诚信档案 *chengxin dang'an*) über die Studierendenschaft angelegt werden, ebenso wie ‚Kreditunterlagen‘ über bestimmte Berufsgruppen; ferner ruft sie Industrieverbände dazu auf, ‚Kreditdossiers‘ über ihre Mitglieder zusammenzustellen (KPCh/Staatsrat 2016: Abschn. 2(4) und 3(2)). Bisher sind die für diese Zwecke erstellten Dossiers und Unterlagen bereichsspezifisch und werden von verschiedenen Stellen bearbeitet, die verschiedene „ethische“ Dimensionen des Verhaltens einer Person bewerten. Es ist nicht absehbar, ob sie irgendwann zu einem umfassenden Dossier über die Person zusammengeführt oder mit den Angaben über die Vertrauenswürdigkeit in Bezug auf die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften abgeglichen werden. In einigen Provinzen sind Integritätsdossiers über ‚entscheidende Dienst-

leister' in die offiziellen Plattformen für öffentliche Kreditinformationen integriert (so in Guangdong and Jiangsu).

Das Zusammenführen verschiedener Profile einer Person macht das Scoring deutlich einfacher. Bei einigen lokalen Pilotprojekten des SCS können die Ergebnisse der Integritätsbewertung in Bonuspunkte umgewandelt und zu den allgemeinen ‚Persönlichen Kreditpunkten‘ hinzugerechnet werden. Punkte erhält man unter anderem für Blutspenden, ehrenamtliches Engagement, ‚Zivilcourage in Notlagen für die gerechte Sache‘ (etwa erste Hilfe bei Verletzten) und die Anerkennung als vorbildliche(r) Werktätige(r) (Southern Metropolis 2018). Allerdings geben die Entscheidungsträger(innen) kaum Auskunft darüber, aus welchen Gründen sie bestimmte Aspekte der Integrität einer Person scoren und nach welchen Algorithmen sie Punkte zuweisen.

3.3 Auswirkungen

Die meisten Verhaltensweisen, die einer Integritätsbewertung unterzogen werden, sind nicht durch gesetzliche Vorschriften geregelt. In soziale Beziehungen will Chinas Rechtssystem demnach nicht eingreifen, sondern der Selbstregulierung der Gesellschaft bzw. der einschlägigen Berufsgruppen Raum lassen. Indem nun aber positive Normen für dieses Verhalten festgelegt werden, stehen die implizit oder explizit in bestimmten Bevölkerungsteilen gewachsenen Verhaltensnormen (so z. B. sittliche Grundsätze, Berufsethik und Best Practices) in Gefahr, verdrängt zu werden. Dieser Eingriff kann letztendlich die Selbstorganisation der bürgerlichen Gesellschaft beeinträchtigen, welche sich in den letzten vier Jahrzehnten im Zuge der Einführung der Marktwirtschaft langsam herausgebildet hat.

Noch mehr Aufmerksamkeit verdienen die neuen Standards für ‚Integrität‘, die sich in den SCS-Strategiepapieren andeuten. Sie entsprechen nämlich keineswegs den moralischen Maßstäben, die sonst in familiäre, berufliche oder andere spezifische soziale Situationen gehören. Die öffentliche Auswahl bestimmter moralischer Vorbilder (z. B. die ‚Trägerinnen der Roten Fahne vom 8. März‘ und die ‚hervorragende Jugend im Unternehmertum‘) richtet sich ausdrücklich nach den Vorstellungen, die sich die Partei von öffentlicher Moral macht. Die Integritätsbewertung bestimmter Schlüsselprofessionen, etwa im Recht und in den Schulen, berücksichtigt die Einhaltung der politischen Linie der KPCh. Angesichts der Tatsache, dass Parteibehörden und Staatsorgane den Prozess der Normenfestlegung maßgeblich bestimmen, werden bei der Integritätsbewertung unweigerlich ethische Überlegungen ideologischen Ansprüchen angeglichen. Daraus könnte ein einfaches Instrument für die

I. Das Social Credit System in China

ideologische Kontrolle entstehen, indem das SCS zur Wahrung der sozialistischen Grundwerte eingesetzt wird.

Von den kombinierten Anreizen für moralisch verdienstvolle Personen werden einige allgemein als akzeptabel angesehen (z. B. Gebührennachlässe beim Zugang zu öffentlichen Einrichtungen oder der Erhalt zusätzlicher Punkte im Punktesystem für die Haushaltsregistrierung in Großstädten). Bei einigen anderen droht jedoch eine neue Diskriminierung. Wenn ‚vertrauenswürdigen Spender(inne)n‘ bei der Ausschreibung von Regierungsaufträgen und zu verkaufenden Landnutzungsrechten (SCS-Strategiepapier 2018, Abschn. IIA (3) & (18)) Vorrang eingeräumt wird, kann dies mit einschlägigen Antidiskriminierungsgrundsätzen im geltenden Recht kollidieren. Wenn Anträge von ‚herausragenden jungen Freiwilligen‘ auf behördliche Zulassungen beschleunigt geprüft oder schon angenommen werden, obwohl unterstützende Unterlagen erst noch nachgereicht werden sollen (SCS-Strategiepapier 2016 Abschn. V (8)), weicht dies wahrscheinlich vom Fairnessgrundsatz des entsprechenden Gesetzes ab. Fragwürdig ist auch die Bevorzugung bei der Zuweisung von Sozialwohnungen, die einen wichtigen Bestandteil des sozialen Sicherheitsnetzes bilden (ebd. Abschn. V (20)). Eine solche Regelung passt nicht zu dem legitimen Ziel einer echten Gleichstellung für benachteiligte Gruppen.

Darüber hinaus könnte die Integritätsbewertung die Wirkungsweise der ‚kombinierten Strafen‘ verändern. In den Systemen, die mit personenbezogenen Kreditpunkten experimentieren, können die durch ‚moralische Taten‘ gewonnenen Bonuspunkte die durch Gesetzesverstöße verlorenen Punkte ausgleichen und so verhindern, dass die Summe unter das vorgeschriebene Niveau fällt, ab dem negative Folgen drohen. Darüber hinaus gibt es in den meisten Absichtserklärungen und Rechtsvorschriften über kombinierte Strafen einen Mechanismus namens ‚Kreditreparatur‘ (信用修复 *xinyong xiufu*), mit dem Einzelpersonen beantragen können, dass ihre Namen von den Schwarzen Listen gestrichen und auferlegte Beschränkungen aufgehoben werden (Volkskongress des Bezirks Shanghai 2017: Art. 38.). Eine solche Reparatur kann aktuellen Richtlinien zufolge nicht nur durch Verhaltenskorrekturen und Wiedergutmachungen, sondern auch durch ‚soziales Engagement‘ (Staatsrat 2016: Abschn. 21) und ‚gemeinnützige Aktivitäten‘ (Generaldirektion des Staatsrats 2019: Abschn. 13) erreicht werden. Die politischen Entscheidungsträger(innen) vertreten offenbar die Ansicht, dass solche Handlungen den Schaden mildern können, den das gesetzeswidrige Verhalten angerichtet hat. Jedoch ist es zweifelhaft, ob solche Verhaltensweisen das tatsächliche Vertrauen der Öffentlichkeit in die betreffende Person wiederherstellen können. Darüber hinaus lässt diese Art der Integritätsbewertung erheblichen Spielraum für Manipulationen. Unter Personen, die dasselbe Fehlverhalten begehen, können diejenigen, die über mehr Ressourcen verfügen,

mehr von den vorgegebenen Verhaltensweisen umsetzen und somit höhere Punktzahlen erreichen oder seltener auf den Schwarzen Listen erscheinen.

3.4 Rechtsbehelfe

Wer als dritte Partei durch kombinierte Anreize, die sich aus der Integritätsbewertung ergeben, benachteiligt wird, kann eine gerichtliche Überprüfung der unrechtmäßigen Vorzugsbehandlung von Mitbewerber(inne)n oder anderen Anbieter(inne)n bei behördlichen Zulassungsverfahren oder bei der öffentlichen Auftragsvergabe beantragen. In anderen Bereichen, in denen die unmittelbaren gesetzlichen Rechte von Dritten nicht betroffen sind, lässt sich die Bevorzugung von Personen auf der Roten Liste jedoch kaum anfechten, obwohl sie den Gleichheitsgrundsatz im weiteren Sinne beschneiden.

Darüber hinaus erschwert der außergesetzliche Vorgang der Integritätsbewertung die Inanspruchnahme von Rechtsbehelfen. Wenn sie Regeln formuliert und Entscheidungen fällt – wie hier bei der Festlegung von moralischen Normen und der Auswahl von Vorbildern – steht die Partie außerhalb der chinesischen Verwaltungsgerichtsbarkeit. Theoretisch sind die Gerichte bei der Überprüfung von Verwaltungsentscheidungen, die auf der Grundlage solcher Normen getroffen werden, befugt, die Rechtmäßigkeit von Auswirkungen auf andere Normen zu überprüfen. In Wirklichkeit erweisen sich jedoch ideologiebezogene Fragen als zu heikel, als dass die Justiz darüber zu entscheiden vermag.

4 Fazit

Das Social Credit System erweist sich aktuell als eine Mischung aus drei zentralen Funktionen, die nach und nach alle mit dem chinesischen Begriff *xinyong* für ‚Social Credit‘ verbunden wurden. Während sich ein wesentlicher Teil der im Rahmen des SCS bewerteten Verhaltensweisen auf Ehrlichkeit und das Einhalten von Versprechen durch einzelne Personen bezieht, gehen andere Teile über die gewöhnliche Bedeutung von *xinyong* im normalen Sprachgebrauch hinaus. Diese von den Behörden erdachte Erweiterung und Verzerrung der Bedeutung hat das öffentliche Recht in bedeutendem Ausmaß in Frage gestellt und die Macht des Parteistaates über die Gesellschaft erheblich erweitert.

‚Vertrauenswürdigkeit‘ wird also dekontextualisiert. Dadurch gewinnt die Regierung immer mehr Macht: Was im spezifischen Bereich des Finanzratings beginnt, um-

fasst dann den allgemeinen Bereich des Sozialmanagements (hier durch die Durchsetzung von gesetzlichen Vorschriften) und schließlich die ideologische Governance (indem Anreize für die Einhaltung offiziell vorgegebener moralischer Werte geschaffen werden). Obwohl die verschiedenen Regulierungsziele, die nun im SCS versammelt sind, für sich jeweils ihre Berechtigung haben, führt die Mehrdeutigkeit des Begriffs der Vertrauenswürdigkeit zu Unklarheiten über die Grenzen der Macht dieses Systems und über Konflikte mit den vorhandenen Gesetzen. Während einige Arten von Kreditratings Maßnahmen zur Risikobegrenzung darstellen, sind viele andere Vorgehensweisen disziplinarische Mittel, um Personen zur Einhaltung von Vorschriften zu zwingen – insbesondere die ‚kombinierten Strafen‘ für ‚nicht vertrauenswürdige Personen‘, die deren Rechte auf Privatsphäre, Leumund, persönliche Freiheit, Eigentum usw. einschränken. Die Umsetzung dieser Disziplinarmaßnahmen weicht meistens vom öffentlichen Recht ab, das eine eindeutige Definition vorgegebener Verhaltensweisen sowie eine begrenzte und gleichmäßige Ausübung der Regelungsbefugnis fordern würde. Bislang bietet die richterliche Prüfung benachteiligten Personen keinen wirksamen Rechtsbehelf.

Die sukzessive Verdrängung des öffentlichen Rechts im SCS passt dazu, wie sich der Regierungsstil im chinesischen Parteistaat entwickelt. Datafizierte Technologien haben der KPCh neue Möglichkeiten eröffnet, um ihre zentralisierte Kontrolle über die Gesellschaft auszuweiten, nachdem diese durch die Einführung der Marktwirtschaft und eine moderate Trennung von Partei und Staat zuvor geschwächt worden war. Obwohl die Scoring-Verfahren noch in den Kinderschuhen stecken, entwickelt sich das umfassende personenbezogene Profiling schnell zu einem vielseitigen Instrumentarium, mit dem jede(r) Einzelne detailliert bewertet werden kann. Die flexible Deutung von Vertrauenswürdigkeit erlaubt es, sehr verschiedene Arten von Bewertungen zusammenzufassen. Mit der Zusammenführung aller persönlichen Profile in der einheitlichen, regionen- und bereichsübergreifenden Datenbank des SCS ist der Staat zunehmend in der Lage, eine Vielzahl von Verhaltensweisen zu überwachen und zu steuern und dabei die traditionellen Grenzen zwischen gewinnorientierten und gemeinnützigen Branchen, dem privaten und dem öffentlichen Leben sowie dem Recht, der Moral und der Ideologie aufzulösen. Die Partei wiederum steuert die Entwicklung und Anwendung dieses datafizierten Systems durch staatliche Organe, die unter ihrer Kontrolle stehen, und durch die direkte Beteiligung ihrer eigenen Einrichtungen. Wie die technologische Transformation der Bewertung von Kredit und Vertrauen letztlich aussehen und ob das SCS mit einem rechtsstaatlichen Regierungsstil – wie er in den 1990ern zu den erklärten Zielen der Regierung gehörte – vereinbar sein wird, hängt somit davon ab, wie die KPCh ihre politischen Prioritäten neu setzt.

Literaturangaben

- Chen, Yongxi; Cheung, SY Anne (2017): The Transparent Self Under Big Data Profiling: Privacy and Chinese Legislation on the Social Credit System. In: The Journal of Comparative Law 12/2. S. 356-377.
- Daum, Jeremy (2019): Legal Documents Related to the Social Credit System. In: China Law Translate. <https://www.chinalawtranslate.com/en/social-credit-documents/%20> <Zugriff 01.10.2019>
- Generaldirektion des Staatsrats (2019): Leitsätze der Generaldirektion des Staatsrats zur Beschleunigung des Aufbaus des Sozialkreditsystems und zur Einrichtung des neuen, auf Vertrauenswürdigkeit basierenden Regulierungsmechanismus [国务院办公厅关于加快推进社会信用体系建设构建以信用为基础的新型监管机制的指导意见], veröffentlicht am 9. Juli 2019.
- Generalbüro des Staatsrats (2016): Leitsätze des Generalbüros des Staatsrats zur Verbesserung der Entwicklung des Systems der persönlichen Integrität [国务院办公厅关于加强个人诚信体系建设的指导意见], veröffentlicht am 23. Dezember 2016.
- Geschäftsstelle des Zentralkomitees der KPCh; Geschäftsstelle des Staatsrats (2016): Leitsätze zur weiteren Integration sozialistischer Grundwerte in den Aufbau der Rechtsstaatlichkeit [关于进一步把社会主义核心价值观融入法治建设的指导意见], herausgegeben im Dezember 2016.
- Gericht der Stadt Peking (2017): Tufu Remote Sensing Tech Co. v. National Bureau for Surveying. 京01行初377号, 1st Intermediate Court of Beijing Municipality, 27 September 2017).
- Gericht des Bezirks Jiang'an (2016): Lin Ruzu v. Administration of Industry and Commerce of Wuhan City (2016) 鄂0102行初96号, Jiang'an District Court of Wuhan City, 24 November 2016.
- Gericht der Stadt Hangzhou (2018): Yuanzhi Toy Co. v. Market Regulator of Binjiang District, Hangzhou City (2017) 浙01行终973号, Intermediate Court of Hangzhou City, 1 March 2018.
- Gericht der Stadt Sanming (2016/2017): Lianfa Construction Co. v. Housing and Urban Planning Bureau of Sanming City (2016) 闽04行终57号, Intermediate Court of Sanming City, 16 January 2017.
- Gu, Nanfei; Huang, Chengjun [顾男飞 黄铨君] (2019): Förderung und gegenseitige Anerkennung von persönlichen Kreditbewertungen beim Aufbau von auf Vertrauenswürdigkeit basierenden Städten [信用城市建设过程中个人信用分的推广与互认]. www.creditchina.gov.cn/home/xinyongyanjiu/201903/t20190312_149478.html <Zugriff 01.10.2019>

I. Das Social Credit System in China

- NREK/CVB (2017): Leitsätze zur Verwaltung von Listen von Personen, die kombinierte Anreize für Vertrauenswürdigkeit oder eine kombinierte Strafe für mangelnde Vertrauenswürdigkeit erhalten. [关于加强和规范守信联合激励和失信联合惩戒对象名单管理工作的指导意见], veröffentlicht am 30. Oktober 2017.
- NREK; Oberstes Volksgericht; Büro für die spirituelle Kultur der KPCh; Finanzministerium; Ministerium für Humanressourcen und soziale Sicherheit; staatlichen Steuerverwaltung; Wertpapieraufsichtsbehörde; China State Railway Group Co., Ltd. (Hrsg.) (2018): Stellungnahmen zur Beschränkung des Zugangs bestimmter, zutiefst nicht vertrauenswürdiger Personen zu Zügen innerhalb eines vorgeschriebenen Zeitraums und zur Förderung des Aufbaus des Sozialkreditsystems [关于在一定期限内适当限制特定严重失信人乘坐火车 推动社会信用体系建设的意见], herausgegeben am 2. März 2018.
- NREK (2019): Leitsätze zur Umsetzung kombinierter Anreize für vorbildliche Personen mit Ehrlichkeit und Vertrauenswürdigkeit und zur Beschleunigung des Aufbaus des Systems der persönlichen Integrität (Entwurf für öffentliche Kommentare) [关于对模范践行诚实守信个人实施联合激励 加快推进个人诚信体系建设的指导意见(征求意见稿)], im Juni 2019 zur öffentlichen Diskussion in Umlauf gebracht.
- Southern Metropolis (2018) Which activities should be included in the System of Personal Integrity? [哪些行为应计入个人诚信体系?] In: Southern Metropolis [南方都市报], 10 December. <https://www.zhengxinbao.com/6983.html> <Zugriff 01.10.2019>
- Financial Computerizing* (2019): Die Entwicklung des chinesischen Kreditprüfungssystems [中国征信体系发展历程]. In: *Financial Computerizing* [金融电子化] 10. S. 65-69.
- Staatsrat (2016): Richtlinien des Staatsrates zur Einrichtung des Systems der kombinierten Belohnung für Vertrauenswürdigkeit und der kombinierten Bestrafung für mangelnde Vertrauenswürdigkeit [国务院关于建立完善守信联合激励和失信联合惩戒制度 加快推进社会诚信建设的指导意见], veröffentlicht am 30. Mai 2016.
- Volkkongress des Bezirks Shanghai (2017): Shanghai Municipal Regulations on Social Credit [上海市社会信用条例], angenommen durch den Volkkongress des Bezirks Shanghai am 23. Juni 2017, in Kraft getreten am 1. Oktober 2017.
- SCS-Strategiepapier (2018): Absichtserklärung über die Umsetzung kombinierter Anreize für Vertrauenswürdigkeit und kombinierte Strafen für mangelnde Vertrauenswürdigkeit im Bereich der Wohltätigkeitsspenden. [关于对慈善捐赠领域相关主体实施守信联合激励和失信联合惩戒的合作备忘录], veröffentlicht am 11. Februar 2018.
- SCS-Strategiepapier (2016): Aktionsplan zur Umsetzung kombinierter Anreize für hervorragende junge Freiwillige und zur Beschleunigung des Aufbaus des Vertrauenssystems für Jugendliche. [关于实施优秀青年志愿者守信联合激励加快推进青年信用体系建设的行动计划], veröffentlicht am 19. September 2016.

Anmerkungen

- ¹ Tatsächlich wurde dieses besondere Konzept im Jahr 2013 vom Obersten Volksgerichtshof unter Bezugnahme auf den Vollstreckungsmechanismus des Zivilprozessrechts von 2007 eingeführt. Nachdem das SCS im Jahr 2014 zur nationalen Strategie erklärt worden war, arbeitete das Gericht mit den Abteilungen des Staatsrats und der KPCh zusammen, was sich in der Absichtserklärung über die Verhängung kombinierter Strafen gegen unzuverlässige Personen, die der Vollstreckung von Urteilen unterliegen [失信被执行人实施联合惩戒的合作备忘录] (veröffentlicht am 20. Januar 2016), niederschlug. Sie wurde dann wird zum Modell weiterer Absichtserklärungen in Bezug auf andere Kategorien von nicht vertrauenswürdigen Personen, welche von den Verwaltungsbehörden bestimmt werden.
- ² Um die Erstellung und Anwendung der schnell wachsenden Schwarzen Listen zu standardisieren, veröffentlichten die NREK und die CVB gemeinsam die „Leitsätze zur Verwaltung von Listen von Personen, die kombinierte Anreize für Vertrauenswürdigkeit oder eine kombinierte Strafe für mangelnde Vertrauenswürdigkeit erhalten“ [关于加强和规范守信联合激励和失信联合惩戒对象名单管理工作的指导意见] (veröffentlicht am 30. Oktober 2017).
- ³ [关于对婚姻登记严重失信当事人开展联合惩戒的合作备忘录] (veröffentlicht am 26. Februar 2018).